

A portrait of Bärbel Bas, a woman with blonde hair, wearing a dark blue quilted jacket over a light pink shirt. She is smiling and looking towards the camera. The background is a blurred indoor setting.

BASis Info 4/2020

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

Liebe Leserin, lieber Leser,

langsam wird wieder ein normaleres Leben möglich. Und auch der politische Alltag normalisiert sich wieder. Standen in den letzten Wochen der Gesundheitsschutz und kurzfristige Hilfsmaßnahmen im Mittelpunkt, geht es jetzt darum, den Weg aus der Krise zu gestalten. Wurden viele Entscheidungen in der Krise sehr einvernehmlich getroffen, treten jetzt die Unterschiede gerade zwischen uns und der Union wieder deutlich zu Tage.

Sehr deutlich wurde dies, als jetzt aus dem Wirtschaftsflügel der Union die Forderung nach niedrigeren Mindestlöhnen kam. Auch wenn die Unionspitze zurückgerudert ist: Wer denen mit den niedrigsten Einkommen den Mindestlohn verweigern und gleichzeitig die mit den höchsten Einkommen beim Soli entlasten will, der verhält sich einfach nur schäbig.

Wir brauchen ein Konjunkturprogramm, mit dem wir den wirtschaftlichen Folgen begegnen können. Viele Vorschläge liegen dazu auf dem Tisch. Jetzt darf aber nicht nur danach gefragt werden, ob für alle etwas dabei ist. Wir müssen in die Zukunft investieren. Mit dem Konjunkturprogramm müssen

wir Maßnahmen finanzieren, die uns aus der Krise helfen und die gleichzeitig sowohl sozial als auch ökologisch nachhaltig wirken.

Für Duisburg gibt es dazu zwei klare Forderungen an das Konjunkturprogramm: Wir müssen die Kommunen stärken. Und wir müssen den Weg frei machen für Zukunftstechnologien.

Wir brauchen einen Schutzschirm für die Kommunen. Dazu gehört auch, dass die Altschulden abgelöst werden. Nur so können wir die Kommunen in die Lage versetzen, notwendige Investitionen zu tätigen und eine gute soziale Infrastruktur bereitzustellen.

Das Ruhrgebiet wäre eine ideale Wasserstoffregion. Mit dem Verbund der Industrien, der Hochschullandschaft, einem der größten Fernwärmeversorgungssysteme, der hohen Einwohnerdichte und der Einsatzbereitschaft sowie der Offenheit der Menschen für Neues, ist die Unterstützung dieser Zukunftstechnologie in unserer Region nur folgerichtig. Wir Ruhr-MdBs wollen die Wasserstoffregion Ruhrgebiet im Konjunkturprogramm verankern.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas



Lehren aus der Corona-Pandemie?

Deutschland ist bislang gut durch die Corona-Pandemie gekommen. Wir haben ein leistungsfähiges Gesundheitssystem. Wir haben es geschafft, schnell zusätzliche Intensivkapazitäten zu schaffen.

Auch wenn das Virus noch lange nicht besiegt ist und auch wenn wir weiterhin Vorsichtsmaßnahmen einhalten müssen, so können wir mittlerweile doch auch darüber nachdenken, was wir aus der Krise lernen können. Erste Ansätze sind für mich:

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Wir müssen den Öffentlichen Gesundheitsdienst deutlich stärken. Er spielt eine entscheidende Rolle beim Nachvollziehen von Infektionsketten und der Bekämpfung der Ausbreitung des Virus. Mit dem Zweiten Bevölkerungsschutzgesetz haben wir erste Verbesserungen beschlossen. Es braucht aber dauerhaft mehr Personal und eine bessere Ausstattung, um den vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden.

Beschäftigte in der Pflege

Die Pandemie hat nochmals verdeutlicht, wie wichtig die Beschäftigten in Gesundheit und Pflege sind. Es ist gut, dass Arbeitgeber einen Corona-Bonus auszahlen können. Dabei darf es aber nicht bleiben. Gerade in diesen systemrelevanten Bereichen brauchen wir mehr und bessere Tariflöhne. Die Tarifflicht der Arbeitgeber muss durch die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen gestoppt werden. Und es braucht mehr betriebliche Mitbestimmung für bessere Arbeitsbedingungen, besonders in der Pflege. Dafür wird sich die SPD-Bundestagsfraktion weiterhin stark machen.

Schutzausrüstung

Wir müssen in Zukunft ausreichend Schutzausrüstung vorrätig haben. Dabei dürfen wir uns nicht nur von Zulieferern aus dem Ausland abhängig machen. Die aufgebaute Produktion in Deutschland muss gesichert werden. Der Notstand an Schutzmaterial und die damit verbundene Preisexplosion dürfen uns nicht wieder passieren. Der Markt regelt eben nicht alles.

Krankenhausstruktur

Umbrüche in der Krankenhausstruktur wie Schließungen von Abteilungen aufgrund der neuen Pflegepersonaluntergrenzen oder Insolvenzen von Krankenhäusern verlaufen derzeit völlig ungesteuert. Dabei besteht die Gefahr, dass wichtige Versorgungsstrukturen verloren gehen. Wir brauchen daher eine Bestandsaufnahme. Ziel muss es sein, vorhandene Überversorgung abzubauen und trotzdem die Krankenhausversorgung in ländlichen Gebieten zu sichern. Bund, Länder und Krankenhausvertreter müssen sich deshalb dringend an einen Tisch setzen und gemeinsam das Ruder in die Hand nehmen, um die Krankenhausstruktur Deutschlands zukunftsfest zu machen.

Finanzierung

Die gesetzlichen Krankenkassen und damit die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler tragen einen großen finanziellen Anteil der Corona-Rettungsschirme. Die Privatversicherten müssen stärker an einer solidarischen Finanzierung beteiligt werden.



Bund fördert Erhalt der Straußsiedlung

Gute Nachricht aus dem Haushaltsausschuss: In Duisburg-Neudorf wird die Instandhaltung der Gebäude der Straußsiedlung mit 341.125 Euro aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm IX des Bundes gefördert. Die Fördermittel leisten einen Beitrag dazu, eine Siedlung aus der Industrialisierung

zu erhalten, die neben Wohnraum auch Platz für Erholung bietet. Mit begrünten Innenhöfen und Gartenflächen gibt es in dieser Siedlung noch immer neben Wohnraum in Mehrfamilienhäusern auch Platz zum Leben. Sie ist noch heute ein gutes Beispiel für gelungene Stadtentwicklung.



Foto: Steffen Schmitz (Carschten) / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0 / CC BY-SA (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>)

105 Millionen Euro für digitalen Unterricht in NRW

Digitaler Unterricht zu Hause wird den Präsenzunterricht noch länger ergänzen müssen. Ohne Laptop oder Tablet ist digitaler Unterricht nicht möglich. Es darf nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler jetzt nicht lernen können, weil ihnen Geräte fehlen. Digitaler Unterricht darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

Der Bund unterstützt deshalb die Schülerinnen und Schüler, die bisher kein digitales Endgerät haben, und stellt 500 Millionen für Laptops und Tablets zur Verfügung. 105.433.800 Euro fließen davon nach Nordrhein-Westfalen.

Bund und Länder haben mittlerweile die dafür not-

wendige Zusatzvereinbarung zum Digitalpakt Schule auf den Weg gebracht. Das Sofortausstattungsprogramm für Schulen kann also starten.

Schülerinnen und Schüler, die ein Tablet oder Notebook brauchen, sollen dies durch die Schulträger erhalten. Die Geräte werden als Leihgeräte zur Verfügung gestellt. Und auch an einer Lösung für die, die keinen Internetanschluss haben, wird gearbeitet: Wir wissen, dass Fernunterricht nur dann möglich ist, wenn im Haushalt auch ein Internetanschluss vorhanden ist. Der Bund sucht hierfür zurzeit mit den Mobilfunkanbietern nach guten Lösungen. Ich erwarte, dass das Bundesbildungsministerium dies zügig vorantreibt.



Mein Tagebuch

Wir alle freuen uns darüber, dass wieder mehr möglich ist. Thüringen ist aber aus meiner Sicht dabei zu forsich vorangegangen. Sämtliche Schutzmaßnahmen aufzuheben bringt Risikogruppen in Gefahr.

Mein Statement dazu hat Studio 47 aufgegriffen. Bevor sie mich interviewt haben, haben sie Duisburgerinnen und Duisburger gefragt, was sie von der Entscheidung Thüringens halten. Alle waren skeptisch. Alle haben sich dafür ausgesprochen, weiter vorsichtig zu sein. Danke liebe Duisburgerinnen und Duisburger. Für mich ist diese Vorsicht auch ein Zeichen dafür, dass wir Verantwortung füreinander übernehmen.

Im Bundestag haben wir letzte Woche über die außerklinische Intensivpflege diskutiert. Es geht dabei vor allem um Menschen, die zuhause beatmet werden. Es gibt einen Vorschlag aus dem Gesundheitsministerium, der für Angst bei den Betroffenen gesorgt hat—Angst davor, in ein Heim ziehen zu müssen.

Kurz vor der Debatte hatte ich die Möglichkeit, einen Vormittag eine Frau zu begleiten, die fast ihr ganzes Leben beatmet wird. Sie hat als Mathematikerin gearbeitet, ist mittlerweile in Rente und gestaltet ihr Leben trotz ihrer Einschränkung so, wie es ihr entspricht. Das soll so bleiben. Auch für diese Frau werde ich für eine gute Lösung für die außerklinische Intensivpflege kämpfen.

Bis zum nächsten Mal,
ich freu mich drauf!



Für viele junge Menschen ist es ein Traum, ein Auslandsjahr in einer US-amerikanischen Gastfamilie zu verbringen und wertvolle Auslandserfahrungen zu sammeln. Mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses kann dieser Traum in Erfüllung gehen. Bis zum 11. September 2020 können sich Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige für das Austauschjahr 2021/22 in den USA bewerben. Informationen und Bewerbungsunterlagen gibt es in meinem Wahlkreisbüro oder unter www.bundestag.de/ppp.

Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:
<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>

Neues zum Schluss